



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 15.11.2024

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 18. November 2024

Fokusthema: **Volkswirtschaft**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Behandlung von zwei dringlichen Postulaten und einem unumstrittenen Wahlgeschäft das Bauprogramm der Staatsstrassen nach einer Diskussion zur Kenntnis nehmen. Anschliessend steht eine längere Debatte zu einer PI über Uferwege an. Voraussichtlich unumstritten werden die Abschreibung eines Postulats und eine Änderung der Angebotsverordnung im öffentlichen Verkehr sein. Viele Minderheitsanträge und somit eine ausführliche Diskussion wird es indes zum Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetz geben. Sollte bis zum Ende der Sitzung wider Erwarten noch Zeit verbleiben, wird sich der Rat mit Vorstössen befassen, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen.

Dringliche Postulate zu Studienplätzen für Ärzte und zum Büroflächenstandard der Gerichte

Zu Beginn der Sitzung stehen zwei dringliche Postulate an. Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, diese entgegenzunehmen. Da es sich um dringliche Postulate handelt, muss über deren Überweisung sofort diskutiert werden, falls ein Ablehnungsantrag gestellt wird. Falls kein Ablehnungsantrag gestellt wird, werden sie der Regierung diskussionslos überwiesen. Mit dem ersten Vorstoss fordert Mitte-Kantonsrat Josef Widler mit Unterstützung von SVP, SP, FDP und GLP, der Regierungsrat soll in einem Bericht die notwendigen finanziellen, personellen und infrastrukturellen Mittel berechnen, damit bis 2028 die Anzahl Studienplätze für Humanmedizin um 500 Plätze erhöht werden kann ([KR-Nr. 332/2024](#)). Das zweite dringliche Postulat stammt von der Kommission für Planung und Bau (KPB). Diese will den Regierungsrat einladen, zusammen mit den obersten kantonalen Gerichten eine Verordnung auszuarbeiten, welche den Büroflächenstandard der Gerichte dahingehend regelt, dass er sich dem kantonalen Flächenstandard Bürogebäude weitestgehend annähert ([KR-Nr. 333/2024](#)).

Josef Widler (Die Mitte, Zürich), 079 448 79 48

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Bauprogramm der Staatsstrassen soll zur Kenntnis genommen werden

Unumstritten dürfte das Bauprogramm der Staatsstrassen für die Jahre 2025–2027 sein. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Programm zur Kenntnis zu nehmen ([5975](#)). Erfahrungsgemäss wird die Behandlung des Berichts dennoch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Ratsmitglieder nehmen die Debatte gerne zum Anlass, um sich zu verschiedenen Punkten zu äussern. Mit dem Bericht legt der Regierungsrat dem Kantonsrat gemäss Strassengesetz das Bauprogramm der nächsten drei Jahre für die Staatsstrassen im Kanton Zürich vor. Gleichzeitig informiert er über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der strategischen Grundlagen und die Umsetzung von neuen Bundesvorgaben im Bereich Verkehr.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Umstrittene Kostenbeteiligung für Gemeinden bei Uferwegen

Einen knappen Entscheid dürfte es bei der parlamentarischen Initiative (PI) betreffend «Keine Kostenbeteiligung für Gemeinden bei Uferwegen» von SP-Kantonsrat Jonas Erni geben. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 196/2019](#)). Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass Seeuferwege vor

allem der lokalen Bevölkerung einen Mehrwert bieten, und hält die Kostenbeteiligung der Gemeinden daher für sachgerecht. Sie befürchtet ausserdem eine Einschränkung des Mitspracherechts der Gemeinden, wenn auf eine Kostenbeteiligung verzichtet würde. Die Kommissionsminderheit (SP, GLP, Grüne) vertritt den Standpunkt, dass Seeuferwege der ganzen Kantonsbevölkerung zugutekommen, und hält eine Finanzierung durch den Kanton daher für gerechtfertigt. Sie beantragt, der PI zuzustimmen und diese zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs an die KPB zurückzuweisen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15
Minderheit: Jonas Erni (SP, Wädenswil), 076 365 78 06

Tourismusstandort soll nachhaltiger werden

Keine lange Debatte dürfte am Montag die Abschreibung eines Postulats auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von GLP-Kantonsrätin Cristina Cortellini betreffend «Zürich Tourismus – Nachhaltiger Tourismus: Konzept und Massnahmen» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 272/2020](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat beauftragt, einen Bericht zur Nachhaltigkeit im Tourismus zu erstellen und von Zürich Tourismus ein Nachhaltigkeits-Konzept einzufordern. In seiner Antwort hat der Regierungsrat die unterschiedlichen Massnahmen, die im Bereich des nachhaltigen Tourismus unternommen werden, sowie die von Zürich Tourismus entwickelten Strategiekonzepte dargelegt. In diesen wird das Ziel verfolgt, dass Zürich als eine der weltweit nachhaltigsten Destinationen gilt.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Verordnung über das Angebot im öffentlichen Verkehr soll angepasst werden

Unumstritten war in der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) eine vom Regierungsrat vorgeschlagene Anpassung der Verordnung über das Angebot im öffentlichen Personenverkehr. Entsprechend beantragt die KEVU einstimmig, die Änderung der Angebotsverordnung zu genehmigen ([5942](#)). Konkret geht es darum, dass seit Anfang 2024 das ordentliche Verkehrsangebot des ZVV auch für alle mobilitätsbehinderten Personen zugänglich ist. Die in der bisherigen Angebotsverordnung postulierte vorübergehende und nur einem beschränkten Personenkreis zugängliche Ersatzlösung in Form eines besonderen Verkehrsangebots ist damit hinfällig geworden.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Gesetzliche Grundlage für die Standortförderung im Kanton Zürich

Der Kanton Zürich ist ein international wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort, der eine auf attraktive Rahmenbedingungen ausgerichtete Standortpolitik verfolgt. Mit dem Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetz (SFUEG) soll der Standortförderung nun ein Rahmengesetz zugrunde gelegt werden, das Aufgaben, Ziele und Mittel der Standortförderung bezeichnet. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt mit 10 zu 5 Stimmen, das SFUEG zu erlassen ([5908](#)). Mit dem vom Regierungsrat vorgelegten neuen Rahmengesetz werden die Standortförderung sowie Bestimmungen über die administrative Entlastung von Unternehmen gesetzlich neu verankert. Der Kantonsrat soll künftig abschliessend über die Finanzierung von Beteiligungen an Programmen des Bundes zur Unterstützung der Wirtschaft in Krisenzeiten entscheiden. Die WAK beantragt, die Vorlage des Regierungsrates mit verschiedenen Änderungsanträgen zu präzisieren und zu erweitern. Die Kommissionsmehrheit aus SVP, FDP, GLP, Mitte und EVP sieht den WAK-Antrag als guten Kompromiss, mit dem der Wirtschaftsstandort, dessen Innovationsfähigkeit und die Reaktionsfähigkeit in Krisenzeiten gestärkt werden. Das Anliegen, die administrative Belastung von Unternehmen zu verringern, bleibe weiterhin auf der Agenda. Doch mit den nun beantragten Bestimmungen, welche die Unterstützung unterschiedlicher Mehrheiten fanden, werde auf der Grundlage von bewährten Ansätzen ein Schritt nach vorne getan. Ebenfalls werde mit der Vorlage der

ökologischen Nachhaltigkeit Rechnung getragen. Die Minderheit aus SP, Grünen und AL lehnt die Vorlage ab. Sie würdigte in der Kommission zwar einzelne Bestandteile, wie die Bestimmungen über die Unterstützung in Krisenzeiten, doch für sie überwiegen die Nachteile. Mit der Vorlage werde die Standortförderung in ihrer gegenwärtigen Form fortgeschrieben. Soziale und ökologische Folgen des Wachstums würden nur unzureichend berücksichtigt. Von den vorgeschlagenen Massnahmen im Bereich der Unternehmensentlastung zeigte sich die Kommissionsminderheit wenig überzeugt.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28
Minderheit Nicht-Eintreten: Rafael Mörgeli (SP, Stäfa), 077 428 98 30
Minderheit SVP: Paul Mayer (SVP, Marthalen), 078 750 30 74
Minderheit GLP: Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon), 079 784 75 24
Minderheit Grüne: Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich), 079 711 04 64
Minderheit AL: Gianna Berger (AL, Zürich), gianna.berger@bluewin.ch

Vorstösse zu Fleischherstellung, Arbeitsbedingungen am Flughafen und Wohnungsknappheit

Sollte der Kantonsrat mit den vorangehenden Geschäften rascher vorankommen als erwartet, wird er bis zum Sitzungsende auch ein paar Vorstösse behandeln, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen. GLP-Kantonsrätin Nathalie Aeschbacher will, dass der Kanton Zürich zu einem Zentrum innovativer und zukunftsfähiger Fleischherstellung wird, und verlangt vom Regierungsrat einen Bericht, wie der Kanton ein attraktiver Standort für diese Produktion werden kann ([KR-Nr. 117/2023](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die SVP den Vorstoss ablehnt, wird der Kantonsrat erst nach einer Debatte über die Überweisung entscheiden. Mit einer Interpellation hat SP-Kantonsrat Alan David Sangines dem Regierungsrat verschiedene Fragen zu den Arbeitsbedingungen am Flughafen Zürich gestellt ([KR-Nr. 225/2023](#)). Mit der Diskussion im Rat über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt.

Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich), 076 305 87 47
Alan David Sangines (SP, Zürich), alan.sangines@sp9.ch

Personelles:

Als Traktandum 4 nach der Behandlung der beiden dringenden Postulate steht am Montagmorgen die Wahl eines Ersatzmitglieds des Sozialversicherungsgerichts an ([KR-Nr. 222/2024](#)). Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12